

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

**Situation in der Altstadt
Sachstandsbericht**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Altstadt	28.02.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	29.02.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	15.03.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Zusammenfassung der Information:

Der Bezirksbeirat Altstadt, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Sachstandsbericht zur Situation in der Altstadt zur Kenntnis.

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Ziel/e: Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Die Information über den Sachstand und die weitere Einbeziehung aller Beteiligten trägt zum Austausch der Meinungen und Positionen bei.
SL 12	+	Ziel/e: Stärkere Funktionsmischung Begründung: Lärmschutzmaßnahmen stellen sicher, dass die Funktionsmischung in der Altstadt möglich bleibt.
WO 4	+	Ziel/e: Verdrängungsprozesse verhindern Begründung: Es soll verhindert werden, dass Altstadtbewohner aufgrund der Lärmproblematik aus der Altstadt wegziehen.
WO 6	+	Ziel/e: Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten. Begründung: Interessenausgleich zwischen Bewohnern der Altstadt und Gaststättenbetreibern.
UM 1	+	Ziel/e: Umweltsituation Begründung: Die Maßnahmen zur Verminderung von Lärm in der Altstadt tragen zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Altstadtbewohner bei.
SOZ 8		Ziel/e: Den Umgang miteinander lernen. Begründung: Schaffung einer wertschätzenden Gesprächskultur zwischen den Beteiligten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Einerseits müssen die Interessen der Bewohner der Altstadt an vernünftiger Wohnqualität, Verwirklichung des Ruhe- und Schlafbedürfnisses -insbesondere für Familien mit Kindern- sehr ernst genommen werden. Andererseits sind auch die Interessen der Gaststättenbetreiber nach wirtschaftlichem Handeln und der Altstadtbesucher an einer kommunikativen Freizeitkultur zu berücksichtigen.

B. Begründung:

1. Einleitung

In den Jahren 2009 und 2010 haben insgesamt vier öffentliche Sitzungen des Runden Tisches „Pro Altstadt“ sowie eine Sitzung der Arbeitsgruppe Lärm und Recht stattgefunden. Die Wirkungen des dabei entwickelten 58 Punkte umfassenden Handlungskonzeptes wurden sowohl in verschiedenen Gesprächen mit den unterschiedlichen Beteiligten in einer Sitzung

am 15.12.2010 vorgestellt und bewertet. Nach Ablauf der Saison 2011 wurden die weiteren Entwicklungen und der aktuelle Sachstand in einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 13.12.2011 diskutiert.

2. Informationsveranstaltung am 13.12.2011

Die öffentliche Informationsveranstaltung unter Leitung von Herrn Bürgermeister Erichson fand am 13.12.2011 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses statt. Zusätzlich zur Einladung über die Presse wurden Vertreter von LindA, dem Verein Alt Heidelberg, HEIKO und dem DEHOGA Baden-Württemberg eingeladen um jeweils eine Situationseinschätzung aus dortiger Sicht zu präsentieren. Auch ein Vertreter der Bürgerstiftung wurde zur Vorstellung einer Projektidee zur Altstadtberuhigung eingeladen.

Die Stadtverwaltung - Herr Köster als Leiter des Bürgeramtes - und die Polizei/Revier Mitte - Herr Zacherle- berichteten über die weitere Umsetzung des Handlungskonzeptes und den aktuellen Sachstand anhand von verschiedenen Statistiken. Die Vorträge sind als Anlage 1 und 2 beigefügt.

Von Seiten der **Bürgerinitiative LindA** wurde zusammenfassend vorgetragen, dass sich die Situation in der Altstadt verbessert hat, es aber auch weiterhin noch viel zu tun gibt. Die starke Reduzierung der Bürgerbeschwerden/Verstöße kann zu einem Teil auch durch den relativ kühlen Sommer verursacht sein. LindA bittet den Gemeinderat ernsthaft zu prüfen, ob nicht eine weitere Verlängerung der Sperrzeit -zumindest unter der Woche- die Situation weiter verbessern könnte. Auch wird anerkannt, dass sich die überwiegende Zahl der Wirte kooperativ verhalten. LINDA wünscht sich aber mehr Polizei – und KOD Präsenz gerade auch nach dem Ende der Sperrzeit .

Der **DEHOGA Baden-Württemberg** hat festgehalten, dass sich die Situation in der Altstadt verbessert hat und dies auch durch die vorgetragenen Zahlen belegt wird. Dies u.a. auch deshalb, da die Wirte überwiegend dialogbereit und kooperativ sind und entsprechende Maßnahmen (z.B. Türpersonal, Lärmdämmung) ergriffen haben. Aus Sicht des DEHOGA sollte der Dialog zwischen allen Beteiligten weiter fortgesetzt werden.

Der Vertreter des **Stadtteilvereins Altstadt** hält fest, dass das Problem nicht (mehr) der anlagenbezogene Lärm sei, sondern der Lärm im öffentlichen Raum. Aus dortiger Sicht könnte die Lärmproblematik auch durch eine weitere Verlängerung der Sperrzeiten verringert werden.

HEIKO vertritt weiter die Ansicht, dass einem solchen gesellschaftlichen Problem, das nicht nur in Heidelberg besteht, nicht alleine mit ordnungsrechtlichen Mitteln begegnet werden kann. Es müssten hier auch neue auch unkonventionelle Wege gegangen werden, wie sie HEIKO im letzten Sommer an Hand von Aktionen präsentiert hat (mehr miteinander sprechen, Streetworker etc.).

Von Seiten der **Bürgerstiftung** wurde die Projektidee KoPrA vorgestellt, um zu versuchen einen neuen Weg der Problemlösung anzustreben. Eine Zusammenfassung ist als Anlage 3 beigefügt.

3. Fazit und weiteres Vorgehen

Es hat sich gezeigt, dass die Beteiligten auf einem guten Weg des Dialogs sind, um die Probleme in der Altstadt abzumildern. Dieser Dialog soll fortgesetzt werden.

Von allen Beteiligten wurde festgehalten, dass sich die Situation in Bezug auf den anlagenbezogenen Lärm verbessert hat. Die Problematik des Lärms im öffentlichen Raum ist jedoch weiter gegeben. Hier können sich evtl. durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen (Möglichkeit Alkoholkonsum im öffentlichen Raum zu verbieten) oder auch mit der Projektidee der Bürgerstiftung Lösungsansätze ergeben.

Als weitere mögliche Ansätze für die Zukunft wurden festgehalten:

- Evtl. Einsatz eines Disko-Busses, der die Feiernden aus der Altstadt zu den Diskotheken in anderen Stadtteilen bringt
- Weitere Bemühungen um über die RNV und die deutsche Bahn ein Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Nahverkehr , wie z.B. in Hamburg und München, zu erreichen.

Für das Jahr 2012 sind folgende konkrete Maßnahmen vorgesehen:

- Beobachtung der Auswirkungen der freiwilligen Verpflichtung der Clubs mit verkürzter Sperrzeit (mit Eintritt der allgemeinen Sperrzeit werden nur noch Clubmitglieder -keine Tages – oder Wochen bzw. Monatsmitgliedschaften- eingelassen)
- Gemeinsames Gespräch zwischen den Wirten und dem Kommunalen Ordnungsdienst zur Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung und Zusammenarbeit.
- Weiterführung der Gespräche mit der RNV zur Verbesserung des Moonliner-Angebotes
- Prüfung, ob (elektronische) Abfahrtspläne für die Moonliner im öffentlichen Raum und ggf. auch in den Gaststätten installiert werden können.
- Weitere Prüfung der Umsetzbarkeit der Projektidee KoPrA der Bürgerstiftung.

Auf der Basis des aktuellen Standes zur Situation in der Altstadt und den für 2012 vorgesehenen konkreten weiteren Maßnahmen sieht die Verwaltung derzeit keine Notwendigkeit die geltenden Regelungen zu ändern.

gezeichnet

Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Vortrag Bürgeramt
A 02	Vortrag Polizei
A 03	Projektidee Bürgerstiftung